

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 189 (2023)

Heft: 5

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ÖSTERREICH

Offiziere rütteln an Neutralität

Ende Februar war es so weit. Ein Jahr nach dem Beginn des Ukraine-Kriegs legte ein Zusammenschluss von hochrangigen Experten aus Unternehmertum, Universitäten, ehemaligen und aktiven Generälen, Parlamentariern, Diplomaten und vielen mehr unter dem Label «unseresicherheit» einen weiteren offenen Brief an die Landesregierung, den Präsidenten und Österreichs Bevölkerung vor. Ziel: umdenken. Im Schreiben

wird konstatiert, dass das Land so tue, «als ob die Welt am 23. Februar 2022» stehengeblieben sei. Die Bevölkerung glaube weiterhin daran, dass sich für Österreich eigentlich nichts geändert habe und allein ein Heraushalten aus Konflikten «in absehbarer Zeit als eine Art Selbstschutz» ausreiche. Dabei gehe es dringender denn je um die Frage nach der Zukunft des Landes. Denn während sich die internationale Weltordnung verändere und sogar traditionell zurückhaltende Länder wie die Tschechische Republik keine Zeit verlören, «Waffen im Wert mehrerer Milliarden Euro» als Hilfeleistung in die Ukraine zu schicken, tue Österreich

das eine Altbekannte: nämlich nichts. Mit einer neuen Sicherheitsstrategie versucht Verteidigungsministerin Tanner zwar die stärksten Böen zu umschiffen, aber im Offizierskorps werden die warnenden Stimmen dennoch immer lauter. Tanner gibt unterdessen offen zu, dass «die Neutralität an sich mit Sicherheit kein Schutzschild» sei und gerade deshalb «viel in eine gute Ausstattung des Bundesheers, nicht nur materiell, sondern auch, was das Personal anbelangt» investiert werde. Ob das dann so kommt, darüber wird das Parlament allerdings erst Ende des Jahres befinden. Doch dem traut die Österreichische Offiziersgesellschaft nicht.

Sie fordert in ihrem ersten neuen Positionspapier seit 2017 eine «ergebnisoffene Analyse über die bestmögliche sicherheits- und verteidigungspolitische Ausrichtung». Der Diskurs darüber soll «ohne ideologische Einschränkungen und populistischen Vereinfachungen» geschehen. Neben einer Bündnisnahme werden laut dem Papier der Offiziersgesellschaft auch die verfassungsmässige «Wiederbelebung der umfassenden Landesverteidigung» und die «Aufgabe von Hilfstruppen- und polizeilichen Unterstützungsaufträgen» sowie eine «verstärkte internationale Kooperation» diskutiert. *pk*

SKANDINAVIEN

Eine gemeinsame Flugzeugflotte

Am 16. März unterzeichneten der dänische Generalmajor Jan Dam, der finnische Generalmajor Juha-Pekka Keränen, der schwedische Generalmajor Jonas Wikman und der norwegische Generalmajor Rolf Folland, in Anwesenheit von General James B. Hecker, Kommandant des NATO-Luftkommandos, eine gemeinsame Absichtserklärung auf der Air Base Ramstein. In dem Nordic Air Commanders Intent genannten Papier geht es darum, die Zusammenarbeit zu vertiefen. Ultima-

tives Ziel sei, so der Kommandant der Königlich Dänischen Luftwaffe «nahtlos als eine einzige Luftwaffe zu operieren, indem wir ein gemeinsames nordisches Konzept für gemeinsame Luftoperationen entwickeln, das auf den uns bekannten NATO-Prozessen und Methoden basiert». Dabei geht es um die integrierte Führung, Einsatzplanung und deren Durchführung sowie den flexiblen Einsatz von Kräften, gemeinsamer Luftraumaufklärung und -überwachung und schliesslich die dazugehörige Ausbildung. Es soll aber nicht zu einer institutionellen Fusion der einzelnen Luftwaffen kommen. Mit dem NATO-Beitritt Finnlands am 4. April 2023 wird die gegenseitige Integration noch schnell-

ler vollzogen werden können. Dabei wird am baldigen Beitritt Schwedens, der immer noch die Zustimmung aus Ungarn und der Türkei bedarf, nicht wirklich gezweifelt. Über allem steht auch hier die russische Bedrohung. Entsprechend sind die vier Länder zur Einsicht gekommen, dass die beste Reaktion ein Zusammenschluss sei. Immerhin, mit aktuell beinahe 400 Kampffjets besteht eine ansehnliche Kampfkraft. Bisher ist aber nicht bekannt, ob alle Länder sämtliche Maschinen zur Verfügung stellen werden. Ebenfalls werden die meisten Jets in den nächsten Jahren ersetzt. Schwedens 96 Gripen C/D durch 60 Gripen E und 60 kampfwertgesteigerten Gripen C/D, Finnlands 62 F/A-18 durch 84 F-35A,

Norwegen ergänzt seine 37 F-35 mit zusätzlichen 15 Stück und Dänemark ersetzt seine 44 F-16 durch 27 F-35. Es wird erwartet, dass die zukünftige Integration der schwedischen Jets nicht ganz einfach werden dürfte. Gemäss den aktuellen Rüstungsplanungen in Stockholm ist nicht ersichtlich, dass das Königreich in absehbarer Zukunft von seinem Saab-Programm abweichen wird und auf das Joint-Strike-Fighter-Programm umschwenkt. Die Schweden versicherten jedoch, dass der Gripen E dereinst vollkommen mit den NATO-Systemen interoperabel sein wird. Entsprechend wurde zum Abschluss der Unterzeichnung der gemeinsamen Erklärung folgendes Statement abgegeben: «In Zukunft werden wir die transatlantischen Bindungen stärken, mit grosser Dynamik die laufenden Integrations- und Kooperationsprozesse fortsetzen, uns auf die Durchführung von Multi-Domain-Operationen vorbereiten und durchhaltefähige, langfristige Lösungen aufzeigen, um damit unsere gemeinsamen Ziele zu erreichen». *pk*



Die skandinavischen Luftwaffenchefs unterzeichnen das Zusammenarbeitsabkommen. Bild: Ilmavoimat

ISRAEL

Entgleist der Staat?

Benjamin Netanjahu, seines Zeichens zum sechsten Mal Premierminister von Israel, dürfte es eigentlich besser wissen. Die nach ihm zweitwichtigste politische Figur ist seit jeher der Verteidigungsminister. Klar, wenn die Selbstwahrnehmung jene ist, dass man ausschliesslich von Feinden umgeben ist. Für Bibi, wie der Premierminister spätestens seit seinem Dienst bei der Sayeret Matkal Spezialeinheit genannt wird, eigentlich ebenfalls. Warum er also Ende März kurzfristig seinen Verteidigungsminister Yoav Gallant entlassen hat, bleibt ein Rätsel respektive beruht mutmasslich auf Netanjahus persönlichen Gründen. Wohl wollte



◀ Gallant (links), Netanjahu (Mitte) und ein verantwortlicher IDF-Kommandant beraten sich nach einem Terroranschlag am 7. April.

Bild: Israel National Photo Collection

er damit seine autokratischen Ambitionen zementieren. Netanjahu setzte denn auch eine Justizreform durch, die die Gewaltenteilung mehr oder weniger aushebeln würde. Er legte deren Umsetzung infolge zunehmender Proteste in beinahe allen politischen Lagern aber unterdessen auf Eis. Tausende Menschen demonstrieren dennoch seit Wochen immer wieder gegen Netanjahus Pläne. Auf die Entlassung von Gallant folgte zuerst die kurzfristige Schlies-

sung des Tel Aviver Ben-Gurion-Flughafens wegen der Androhung eines Generalstreiks durch die Histadrut, den Dachverband der Gewerkschaften Israels. Deren Chef, Arnon Bar-David, machte klar: «Mit der Entlassung des Verteidigungsministers hat Netanjahu sämtliche roten Linien überschritten.» Gallant war es denn auch, der sich stark gegen die beabsichtigte Justizreform einsetzte und sich dezidiert äusserte, dass sich damit eine «wach-

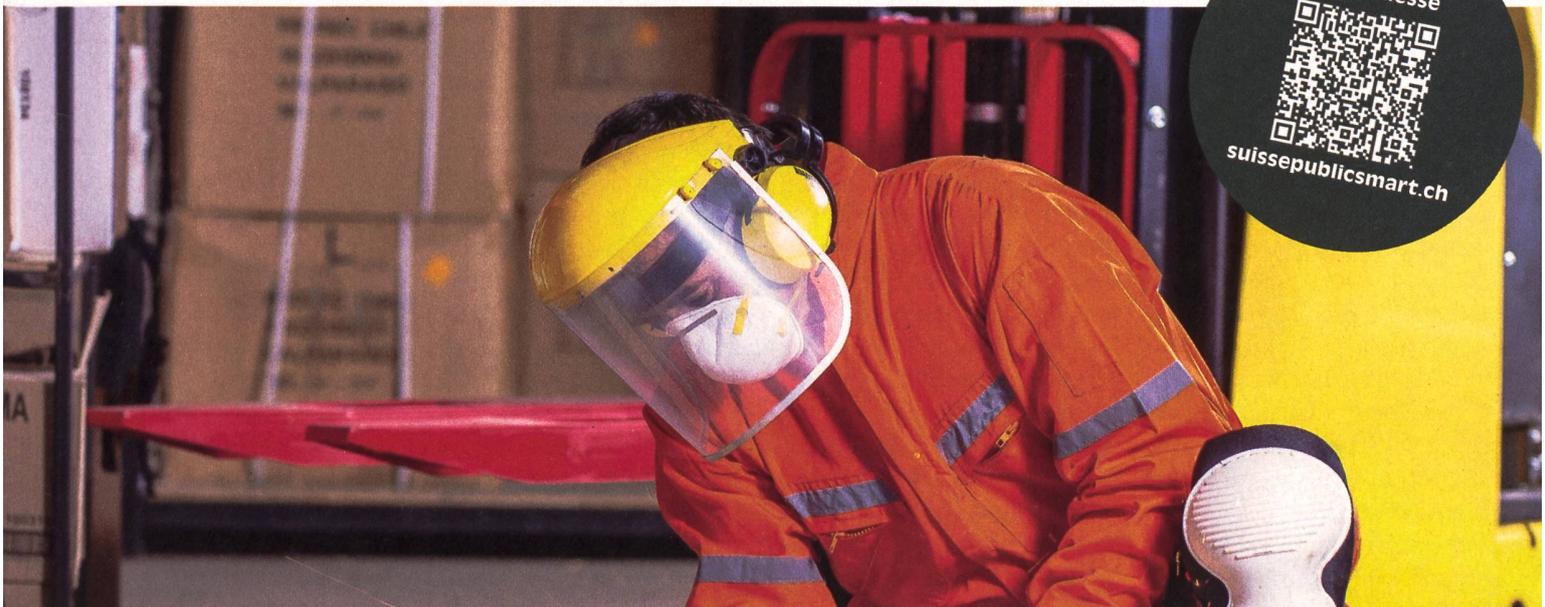
sende Kluft in der Gesellschaft bis tief hinein in die israelische Armee und sämtliche Sicherheitsorgane auftut». Er forderte – bereits seines Amtes enthoben – zudem, dass für die Sicherheit Israels dieser Gesetzgebungsprozess gestoppt werden müsse. Israels Feinde liessen sich die Chance nicht nehmen: In den ersten Aprilwochen wurden 34 Raketen aus dem Libanon auf den Norden Israels gefeuert, der heftigste Angriff seit dem Krieg im Jahr 2006. Für weitere Raketenangriffe aus dem Gazastreifen übernahm die Hamas die Verantwortung. Und auch aus Syrien wurden einige Raketen auf das Gebiet des besetzten Golans gefeuert, wenngleich die meisten abgefangen wurden und nur eine auf Ackerland niederging und niemand zu Schaden kam. Derweil wurden in den besetzten palästinensischen Gebieten zwei is-


SUISSE PUBLIC

Schweizer Fachmesse für öffentliche Betriebe und Grossunternehmen

www.suissepublic.ch

Die Schweizer Leitmesse für den öffentlichen Sektor vom 6.-9. Juni in Bern



Patronatspartner

Eine Veranstaltung der
BERNEXPO
GRUPE

Schweizerischer Städteverband
Union des villes suisses
Unione delle città svizzere

Schweizerischer Gemeindeverband
Association des Communes Suisses
Associazione dei Comuni Svizzeri
Associaziun da las Vischnancas Svizras

Schweizerischer Verband Kommunale Infrastruktur
Association suisse Infrastructures communales
Associazione svizzera Infrastrutture comunali

raelische Schwestern aus einem Auto heraus erschossen und deren Mutter lebensgefährlich verletzt. Nur wenige Stunden später kam bei einer durch einen israelischen Araber verübten Amokfahrt an der Strandpromenade zwischen Jaffa und Tel Aviv ein italienischer Tourist ums Leben und sieben weitere italienische und britische Touristen wurden verletzt. Kurz da-

nach ging auf dem Tempelberg in Jerusalem die Polizei in der Al-Aqsa-Moschee mit massiver Gewalt gegen betende Muslime vor. Während mehreren Tagen wurden jeweils Hunderte den Ramadan zelebrierende Gläubige verhaftet. UNO-Generalsekretär Guterres zeigte sich «schockiert und entsetzt». Die palästinensische Nachrichtenagentur zitierte den Präsiden-

ten Mahmud Abbas und warnte vor dem Überschreiten der roten Linien an den heiligen Stätten, die zu einer «grossen Explosion» führen könnten. Bibi blieb offensichtlich keine andere Wahl, als zwei Wochen nach der Entlassung seinen ehemaligen Verteidigungsminister wieder ins Amt einzusetzen, nicht ohne dabei die Opposition grundlos für die nationa-

le Instabilität und fragile Sicherheitslage verantwortlich zu machen. Es sei denn auch nicht die mangelnde Sicherheit, so Experten, an der Israel derzeit leide. Viel eher sei es der Ministerpräsident, der möglicherweise den Bezug zur Realität verloren habe. *pk*



US-amerikanische und indische Luftwaffensoldaten. Bild: Indian Air Force

INDIEN / USA

Gemeinsame Übung im April

Die Luftwaffen der USA und Indiens haben im April eine gemeinsame Luftübung gestartet. «Cope India 23» findet in Indien in Luftwaffenstützpunkten in Panagarh und Kalaikunda im östlichen Bundesstaat Westbengalen sowie in Agra im nördlichen Bundesstaat Uttar Pradesh statt. «Die Übung zielt darauf ab, das gegenseitige Verständnis zwischen den beiden Luftstreitkräften zu verbessern und ihre besten Praktiken auszutauschen», liess das indische Verteidigungsministerium wissen. Die Übung konzentrierte sich auf die Luftmobilität, die Transportflugzeuge und die Mobilisation von Spezialkräften auf beiden Seiten. Sie werden die Flugzeuge C-130J und C-17 einsetzen, wobei die US-Luftwaffe auch eine MC-130J in die

Übung einbringt. In der Erklärung heisst es weiter, dass die Übung auch die Anwesenheit von Luftwaffenangehörigen der japanischen Air Self-Defence Force einschliesst, die als Beobachter teilnehmen. Anfang Januar hatten Japan und Indien erstmals elf Tage lang gemeinsame Luftübungen durchgeführt. Japan ist Teil der von den USA geführten Vierergruppe, der auch Australien und Indien angehören. Es handelt sich dabei um ein loses Sicherheitsbündnis, das nach allgemeiner Auffassung darauf abzielt, den wachsenden wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Einfluss Chinas in der gesamten asiatisch-pazifischen Region einzudämmen. Im November letzten Jahres wurde die 18. Ausgabe der gemeinsamen indisch-amerikanischen Übung «Yudh Abhyas 22» im indischen Himalaya-Bundesstaat Uttarakhand – nahe der chinesischen Grenze – durchgeführt. *sc*

USA

Pentagon Leaks

Dass besonders sensible Dokumente wohl aus dem US-Verteidigungsministerium in die Öffentlichkeit über einen Discord-Server gelangen, ist gesichert. Auch die Person, welche die Dokumente in den Umlauf brachte, scheint identifiziert und erfasst zu sein. Was aber immer noch mit Fragezeichen versehen ist, ist die Qualität der Quellen. Qualität heisst dabei, ob die Information, die in die Öffentlichkeit gelang, stimmt und wie zuverlässig sie ist. Ein kürzlich von der BBC gesichtetes Leck scheint Informationen aus privaten Gesprächen zwischen dem Chef der Vereinten Nationen António Guterres und seinem Stellvertreter zu enthalten. Die USA empfanden die Haltung von Guterres zum Getreideabkommen am Schwarzen Meer als zu wohlwollend gegenüber russischen Interessen. In den Dokumenten heisst es auch, dass der UN-Chef «seine Bemühungen um die Verbesserung der Exportfähigkeit Russlands» betonte und hinzufügte, dass er dies «auch dann tun würde, wenn es sanktionierte russische Einrichtungen oder Personen betrifft».

Aus den Dokumenten geht auch hervor, dass die USA glauben, dass China in bestimmten Szenarien Russland im Ukraine-Krieg unterstützen würde.

«China würde stärker reagieren und höchstwahrscheinlich den Umfang und das Ausmass des Materials, das es Russland zu liefern bereit ist, erhöhen, wenn die ukrainischen Angriffe einen Ort von hohem strategischem Wert treffen oder auf hochrangige russische Führer abzielen scheinen.» Weitere in den Dokumenten erwähnten Indizien deuten darauf hin, dass russische Agenten möglicherweise engere Beziehungen zu den Vereinigten Arabischen Emiraten aufgebaut haben, die wichtige US-Militäreinrichtungen beherbergen. Die Vereinigten Arabischen Emirate wiesen die Anschuldigungen zurück und bezeichneten sie als «kategorisch falsch».

Ausserdem gibt es Berichte, wonach Ägyptens Präsident Abdel Fattah el-Sisi einen Plan zur Lieferung von 40 000 Raketen an Russland entwickelt hätte. Ein Sprecher des Aussenministeriums erklärte, Kairo halte sich «aus dieser Krise heraus und verpflichtete sich, zu beiden Seiten die gleiche Distanz zu wahren». In einem weiteren Dokument heisst es, die USA hätten möglicherweise ihren Verbündeten Südkorea ausspioniert. Demnach äusserte Südkorea Bedenken über die Lieferung von Artilleriegranaten an die USA, die diese an die Ukraine schicken könnten. In dieser dynamischen Entwicklung werden die Konsequenzen des Leaks erst in den nächsten Monaten auszumachen sein. *sc*

LETTLAND

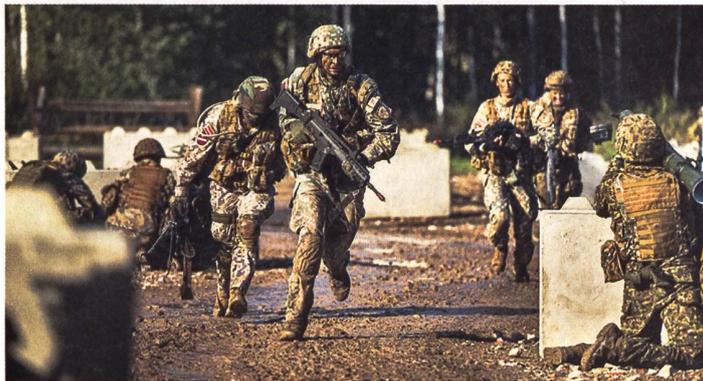
Beschleunigte Rückkehr zur Wehrpflicht

Anbetracht der aktuellen sicherheitspolitischen Lage an der EU- und NATO-Ostflanke, insbesondere auch im Baltikum, hat Lettland bereits letzten Herbst beschlossen, zur Wehrpflicht zurückzukehren. Die Pläne sahen vor, bis 2027 einen staatlichen Verteidigungsdienst einzurichten. Anfang April erklärte man nun, die Umsetzung um drei Jahre zu beschleunigen. Noch im Jahr 2007, also drei Jahre nach dem NATO-Beitritt, entschied die lettische Saeima (das Parlament der Republik Lettland), seine Sicherheit in die Hände einer reinen Berufsarmee zu legen. Verteidigungsministerin Ināra Mūrniece kommentiert den Kurswechsel: «Ohne eine moralisch stabile und für den Ernstfall vorbereitete Gesellschaft ist es unmöglich, einem Aggressor entgegenzuwirken» und meint damit einmal mehr Russland. Eine Wehrpflicht sei denn auch die einzige Antwort auf das Ge-

bahren Moskaus. Der obligatorische Militärdienst gilt für sämtliche lettischen Männer im Alter von 18 bis 27 Jahren. Bereits ab 1. Juli dieses Jahres erwartet die Armee die ersten Freiwilligen, das Gesetz gilt spätestens ab 2024 für alle. Frauen dürfen freiwillig der Armee beitreten. In Riga geht man von jährlich bis zu 300 zu erwartenden Soldatinnen aus. Der Militärdienst wird für alle mindestens elf Monate dauern, wobei vier verschiedene Modelle zur Auswahl stehen. Erstens ein elfmonatiger Militärdienst mit Grundausbildung, Spezialistentraining und etwa einem halben Jahr aktivem Dienst. Zweitens sollen Wehrmänner und -frauen mittels eines Fünfjahresver-

trags zu jährlich mindestens 21 Ausbildungstagen, davon 7 Tage Verbandstraining, verpflichtet werden können. Drittens wird zum Zivildienst aufgeboten, wer aus Gewissensgründen keinen Dienst an der Waffe leisten kann. Und viertens werden im Speziellen Studenten angesprochen, die in den zwei Jahren ihres Grundstudiums je 50 Tage Militärdienst leisten können, um danach während drei Jahren ihres Masterstudiums an der Nationalen Verteidigungsakademie die besondere Befähigung zum Reserveoffizier zu erlangen. Mit diesem Wehrpflichtmodell verspricht sich das NATO-Mitglied Lettland in den nächsten fünf Jahren im Falle eines Krieges auf ins-

gesamt bis zu 50 000 Soldaten zurückgreifen zu können. Davon wären 14 000 aktive Streitkräfteangehörige (aktuell etwa 6700), 16 000 aus der Nationalgarde (aktuell rund 9500) und 20 000 Reservisten (aktuell zirka 3000). Die bevorstehende Verdoppelung der Streitkräfte will sich das Land einiges kosten lassen. Für die nächsten Jahre sollen 2,5 Prozent des BIP für Verteidigung ausgegeben werden. Bis anhin waren es etwa 760 Millionen Euro jährlich. Die Regierung muss aber zuerst noch beweisen, woher sie das Geld nimmt. Denn auch im Baltikum bleibt nebst der sicherheitspolitischen auch die wirtschaftliche Situation angespannt. Was letztendlich zum nächsten Problem führt: Viele Junge verlassen das Land, um im Ausland mehr Geld zu verdienen und Karriere zu machen. Mit etwas mehr als 1,8 Mio. Einwohnern und einer seit dem Jahr 2000 anhaltenden Schrumpfung der Bevölkerung von jährlich knapp über einem Prozent werden die demografischen Begebenheiten deshalb auch in Zukunft eine der grössten Herausforderungen bleiben. *pk*



Lettisches Reservistentraining. Bild: Aizsardzibas ministrija

BRASILILIEN / ARGENTINIEN

Verstärkte Kooperation in Sicht

Der argentinische Verteidigungsminister Jorge Taiana und der brasilianische Aussenminister Mauro Vieira unterzeichneten eine Absichtserklärung über die Aufnahme von 156 gepanzerten Guarani 6x6-Kampffahrzeugen in den Fuhrpark der argentinischen Armee, um beiden Nationen die Möglichkeit zu geben, gemeinsame Militäroperationen mit einem effizienten Mittel durchzuführen und zur Stabilität in der Region beizu-

tragen. «Der weltweite Trend in diesem Bereich sind gepanzerte Fahrzeuge mit Reifen», erklärte der argentinische Oberst José Colombo, Leiter der Abteilung für institutionelle Kommunikation und Presse des Generalstabs der Streitkräfte, gegenüber der Zeitung Dialogo. «Das ist es, was wir im Einklang mit der mehrschichtigen Verteidigungs- oder Zermürbungsstrategie auf grössere Entfernungen brauchen, die in der mittelfristigen militärischen Strategieplanung vorgesehen ist.» Wie das argentinische Verteidigungsministerium mitteilte, wurde der Vertrag zwischen seiner Armee und dem brasilianischen Fahrzeughersteller ge-

schlossen. Die Produktion des Fahrzeugs umfasst Teile, die in Argentinien in der Fahrzeugfabrik Iveco in der Provinz Córdoba hergestellt werden. «Darüber hinaus beinhaltet die unterzeichnete Absichtserklärung den Technologietransfer für die schrittweise Steigerung der Teilefertigung in unserem Land, die logistische Unterstützung und die Ausbildung von Heeresbesatzungen und technischem Personal», so Oberst Colombo. «Dies ist ein echter Anreiz für unsere Verteidigungsindustrie.»

Von den 156 Einheiten, die Argentinien erwerben will, sind 120 Mannschaftstransporter mit Maschinengewehrturm, 27 In-

fanteriekampffahrzeuge mit Geschützturm und 9 Gefechtsstandfahrzeuge. Der Guarani 6x6 ist ein gepanzertes, amphibisches Fahrzeug auf Rädern für den Truppentransport mit verschiedenen Ausrüstungsstufen wie Artillerie und Logistikunterstützung. Er ist mit einem modernen operativen Kommunikations- und Nachtsichtsystem ausgestattet. Seit 2020 hat die argentinische Armee detaillierte Studien über das Fahrzeug durchgeführt, das aufgrund seines Potenzials, der Nähe zu Brasilien und der Möglichkeit, es im Land herzustellen, als am besten geeignet für ihre Bedürfnisse angesehen wird. *sc*



◀ Chinesische Schiffe auf der Fahrt nach Taiwan.

Bild: Agenzia Nova

CHINA

China zeigt gegenüber Taiwan Zähne – die Welt reagiert

Als Reaktion auf die jüngste Reise der taiwanesischen Präsidentin Tsai Ing-wen in die Vereinigten Staaten hat China Anfang April drei Tage lang scharfe Schiessübungen in der Nähe der selbstverwalteten Insel abgehalten. «Wenn wir den Frieden und die Stabilität in der Strasse von Taiwan schützen wollen, müssen wir uns jeder Form von Separatismus für die Unabhängigkeit Taiwans entschieden widersetzen», sagte der Sprecher des chinesischen Ausserministeriums, Wang Wenbin. Bei den Übungen wurden Angriffe auf Taiwan und die Einkreisung der Insel simuliert. Einem Bericht der chinesischen Medien zufolge hatten Dutzende von Flugzeugen eine «Luftblockade» geübt. Die Übung habe «die integrierten gemeinsamen Kampffähigkeiten mehrerer militärischer Bereiche unter realen Kampfbedingungen umfassend getestet», erklärte das Ostkommando der Volksbefreiungsarmee. Shi Yi, Sprecher des östlichen Theaterkommandos, sagte, Chinas Militär sei jederzeit bereit, jede Form von «taiwanesischer Unabhängigkeit» und ausländischer Einmischung zu bekämpfen.

Das taiwanesisches Verteidigungsministerium erklärte, es

habe 70 chinesische Militärflugzeuge und 11 Schiffe in der Nähe Taiwans entdeckt. Die taiwanesischen Streitkräfte überwachten die Übungen. Flugzeuge, Marineschiffe und landgestützte Raketensysteme wurden beauftragt, auf die Übungen zu reagieren. Taiwans Regierung hat die Übungen verurteilt, während die USA China zur Zurückhaltung aufforderten. Japan erklärte, es habe als Folge der Übungen Flugzeuge in die Luft geschickt. Angesichts der angespannten Lage erklärte der philippinische Präsident, sein Land werde «keine offensiven Aktionen» von den Stützpunkten aus zulassen, die es für die US-Streitkräfte geöffnet hat. Die US-Marine entsandte den Lenkwaffenzerstörer USS Milius in die Nähe der Spratly-Inseln im Südchinesischen Meer, um die Freiheit der Schifffahrt in der strategischen Wasserstrasse zu wahren. Peking, das rund 90 Prozent der Wasserstrasse für sich beansprucht, verurteilte die Durchfahrt als «illegales» Eindringen. Der Kreml unterstützte die Militärübungen und erklärte, Peking habe das «souveräne Recht», auf die von Moskau als «Provokationen» bezeichneten Handlungen zu reagieren. Die USA erkennen Taiwan nicht offiziell an, haben sich aber gegen einseitige Versuche, den Status quo zu ändern, ausgesprochen und unterstützen die Verteidigung der Insel seit Jahrzehnten mit Waffenlieferungen. *Sc*



AUS DEM BUNDESHAUS

Dr. Fritz Kälin
8840 Einsiedeln

Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates (SiK-S) beschloss an der Sitzung vom 20./21. März, alle Geschäfte bezüglich Kriegsmaterialausfuhr auszusetzen. Sie wird am 11. Mai Anhörungen durchführen, unter anderem zur Idee «Uniting for Peace». Bei einer Veto-Blockade des UNO-Sicherheitsrates soll sich der Bundesrat bei Ausfuhrbewilligungen alternativ an Mehrheitsbeschlüssen der UNO-Vollversammlung orientieren können. Diese Idee hatte der Nationalrat in der Frühjahrsession abgelehnt (23.3005). Die SiK-S beschäftigte sich erstmals mit den gestreckten bundesrätlichen Finanzplänen für die Armee. Die eingehende Behandlung folgt im Juli.

Die SiK des Nationalrates (SiK-N) kam am 27./28. März auf ihren Sistierungsentscheid vom 20. Februar betreffend Räumung von Mitholz (22.074) zurück. Sie beantragte die Zustimmung zum Verpflichtungskredit zur kompletten Räumung des ehemaligen Munitionslagers. Das Kommando KAMIR wird weitere Risikograbungen durchführen. Eine Kehrtwende erfolgte auch bezüglich Ausserdienststellung von Pz 87. Im Januar lehnte die SiK-N einen solchen Antrag (laut Medien-Leaks) noch mit 15 zu 10 Stimmen ab. Nun beantragte eine Mehrheit von 17 zu 7 (bei 1 Enthaltung), 25 Leopard mit der Armeebotschaft 2023 (23.025) ausser Dienst zu stellen. Den Verpflichtungskredit zur Armeebotschaft hiess die SiK-N gut und beantragte die Erhöhung des Zahlungsrahmens für 2021 bis 2024 von 21,1 auf 21,7 Mrd. Franken. Vom Zusatzbericht zum Sicherheitspolitischen Bericht 2021 (22.063) nahm die SiK-N Kenntnis.

Der Bundesrat beauftragte am 29. März die Bundeskanzlei bis Ende 2023 mit der Ausarbeitung von Rechtsgrundlagen für einen permanenten Krisenstab. Das ist eine Lehre aus dem Corona-Krisenmanagement.